



Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung

75. Sitzung (öffentlich)

17. März 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

09:33 Uhr bis 12:56 Uhr

Vorsitz: Matthias Goeken (CDU) (stellv. Vorsitzender)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1	Auswirkungen von Corona auf die Unternehmen in NRW	6
	Bericht der Landesregierung Vorlage 17/4664	
	– mündlicher Bericht der Landesregierung	
	– Wortbeiträge	
2	Umsetzungen der Empfehlungen der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung	14
	– mündlicher Bericht der Landesregierung	
	– Wortbeiträge	

- 3 Entwurf einer neuen Leitentscheidung „Neue Perspektiven für das Rheinische Braunkohlerevier“ 17**
- Vorlage 17/3990
Ausschussprotokoll 17/1257 (Anhörung am 15.12.2021)
- Wortbeiträge
 - mündlicher Bericht der Landesregierung
- 4 Konsequenzen der geplanten Mindestabstände von Windenergieanlagen auf die Flächenverfügbarkeit (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [Anlage]) 20**
- Vorlage 17/4548
- mündlicher Bericht der Landesregierung
 - Wortbeiträge
- 5 20 Jahre „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ – EEG-Kartell endlich beenden, Verbraucher und Unternehmen entlasten! 26**
- Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/8893
Ausschussprotokoll 17/1143 (Anhörung am 30.09.2020)
- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
 - Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.
- 6 „Stärkungspakt Automobilindustrie“: Arbeitsplätze in der Automobil- und Zulieferindustrie erhalten – Die schlimmste Krise in Deutschlands Schlüsselindustrie ernst nehmen – Maßnahmen zum Schutz vor Brüssels belastenden „Klimaschutz“-Vorgaben und Strafzahlungen ergreifen! 28**
- Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/9043
- Ausschussprotokoll 17/1232 (Anhörung am 10.12.2020)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

7 Urananreicherung in NRW beenden, illegale Urantransporte stoppen! 29

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/11616

Stellungnahme 17/3625
Stellungnahme 17/3628
Stellungnahme 17/3624
Stellungnahme 17/3648

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und der AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

8 Arbeit und Fortschritt durch das Elektromobilitätscluster Aachen/Düren 32

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/11679

Stellungnahme 17/3429
Stellungnahme 17/3454
Stellungnahme 17/3473
Stellungnahme 17/3474
Stellungnahme 17/3484
Stellungnahme 17/3493

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

– mündlicher Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der AfD gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

9 Realitätsferne Grenzwertpolitik – Die Landesregierung muss sich gegen die automobilindustriefeindliche EURO7 Abgasnorm der EU einsetzen! 35

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/12746

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, am 2. Juni, um 13:30 Uhr eine Präsenzanhörung durchzuführen.

10 Verschiedenes 36

a) Anhörung zum Klimaschutzgesetz und zum Klimaanpassungsgesetz 36

b) Seismologisches Gutachten 36

* * *

5 20 Jahre „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ – EEG-Kartell endlich beenden, Verbraucher und Unternehmen entlasten!

Antrag

der Fraktion der AfD

Drucksache 17/8893

Ausschussprotokoll 17/1143 (Anhörung am 30.09.2020)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung – federführend – sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 01.04.2020)

Christian Loose (AfD) erinnert an das in § 1 EEG formulierte Ziel eines stetigen, kosteneffizienten und netzverträglichen Ausbaus der sogenannten Erneuerbaren. Laut § 36h EEG berechne der Netzbetreiber „den anzulegenden Wert aufgrund des Zuschlagswerts für den Referenzstandort nach Anlage 2 Nummer 4 für Strom aus Windenergieanlagen an Land mit dem Korrekturfaktor des Gütefaktors, der nach Anlage 2 Nummer 2 und 7 ermittelt worden“ sei. Dafür sei eine Reihe verschiedener Stützfaktoren festgelegt, sodass man insgesamt auf 5.400 Vergütungstatbestände komme. Es sei kaum glaubhaft, dass die Bürger dieses Gesetz verstünden; deshalb müsse es abgeschafft werden.

Derzeit seien die Subventionen umso höher, je weniger Wind an einem Standort herrsche. Schlechte Standorte würden also belohnt. Das sei das Gegenteil von effizienter und intelligenter Politik. Das EEG sei 20 Jahre nach Einführung krachend gescheitert. Ähnlich hätten sich beispielsweise der CDU-Politiker Carsten Linnemann und Michael Vassiliadis von der IG BCE geäußert. Professor Lüdecke halte es nicht für wirtschaftlich und habe auf die höchsten Strompreise der Welt verwiesen. Windräder seien alles andere als umweltgerecht. Die Anrainer könnten dies bestätigen.

Die in § 1 des EEG niedergelegten Ziele seien nicht erfüllt worden. Die Strompreise in Deutschland seien höher als in allen anderen Ländern. Zudem sei nichts netzunverträglicher als Zufallsstrom aus Windenergieanlagen. Ein Gesetz, das seinen Zweck nicht erfülle, solle abgeschafft werden.

Dr. Christian Untrieser (CDU) entgegnet, das EEG sei erfolgreich gewesen und habe zu einem starken Ausbau der erneuerbaren Energien geführt. Nach einer sehr umfangreichen Förderung in den ersten Jahren seien wirtschaftliche Mechanismen allerdings zu spät einbezogen worden. Im Zuge der Novelle 2017 sei die Förderung wesentlich marktwirtschaftlicher gestaltet worden. Dies müsse künftig in noch stärkerem Maße erfolgen. Ab einem bestimmten Zeitpunkt werde das EEG dann überflüssig, weil sich erneuerbare Energien immer stärker am Markt behaupten müssten.

Andere Länder wie Großbritannien hätten rein auf marktwirtschaftliche Instrumente gesetzt und auch auf diesem Wege relativ schnell CO₂-Einsparungen erreicht. Ein

starker nationaler CO₂-Preis führe natürlich zunächst zu höheren Preisen – auch für die Industrie. Darüber hinaus bedeute es für Deutschland, dass die dreckigsten Kraftwerke, also Braun- und Steinkohlekraftwerke, relativ schnell aus dem Markt genommen würden. Das wiederum führe zu Diskussionen über entfallende Arbeitsplätze und die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit. Ganz so einfach sei die Umstellung von konventioneller auf erneuerbare Energie also nicht. Trotzdem sei es richtig, die Versorgung umzustellen und Klimaschutz zu betreiben.

Spätestens nach der Bundestagswahl komme es wahrscheinlich zu einer grundlegenden Neufassung des EEG oder des gesamten Energieversorgungssystems und des Strommarktdesigns. Dabei solle in stärkerem Maße als bisher auf marktwirtschaftliche Verfahren gesetzt werden.

Dietmar Brockes (FDP) unterstreicht, die FDP trete für eine Abschaffung des EEG ein, weil es den Ausbau der Erneuerbaren eher behindere. Die AfD mache mit Angst Politik, indem sie Probleme thematisiere, sich aber nicht mit Lösungen beschäftige. Der technologiefeindliche Ansatz des Antrages sei abzulehnen.

Die Anhörung habe gute und wichtige Anregungen für Reformen ergeben.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.